

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	FV/002/2020/StR
Einreicher:	Fraktion der CDU, Fraktion die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, Fraktion AfD, Fraktion Die Linke, Fraktion der SPD, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, Freie Fraktion Dessau-Roßlau

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Stadtrat	öffentlich	05.02.2020				

Titel:

Stadtratspetition zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung kommunaler Krankenhäuser im Land Sachsen-Anhalt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, unverzüglich der gesetzlichen Pflicht zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung nachzukommen. Er befürwortet das geplante Landeskreditprogramm in Höhe von 700 Mio. Euro zur Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt und empfiehlt, diese Mittel als Pauschalförderung nach dem bisherigen Schlüssel auszureichen, um das Verfahren zu beschleunigen und den Kliniken die Gestaltung der kurzfristig notwendigen Investitionen zu ermöglichen. Es wird an die Landesregierung appelliert, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Krankenhäusern und deren Mitarbeitern zurückzukehren und somit politischen und wirtschaftlichen Schaden vom Land Sachsen-Anhalt abzuwenden.
2. Der Vorsitzende des Stadtrates soll diese Petition dem Ministerpräsidenten, dem Landtag und der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration zuleiten.

Finanzbedarf/Finanzierung:

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Eiko Adamek
Fraktionsvorsitzender CDU

Guido Fackiner
Fraktionsvorsitzender Die Grünen, FDP,
Neues Forum – Bürgerliste

Andreas Mrosek
Fraktionsvorsitzender AfD

Ralf Schönemann
Fraktionsvorsitzender Die Linke

Ingolf Eichelberg
Fraktionsvorsitzender SPD

Hans-Georg Otto
Fraktionsvorsitzender
Pro Dessau-Roßlau

Hans-Peter Dreibrodt
Vorsitzender Freie Fraktion
Dessau-Roßlau

beschlossen im Stadtrat am:

Frank Rumpf
Stadtratsvorsitzender

Anlage 1:

Petition des Stadtrates Dessau-Roßlau zur Investitionsfinanzierung der kommunalen Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Ministerin Gremm-Benne,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Landtages,

Sie haben den Trägern kommunaler Krankenhäuser im Gespräch am 28. Januar 2020 in Ihrem Hause Hoffnung gemacht, die Situation der kommunalen Krankenhäuser im Land Sachsen-Anhalt rasch und zumindest über einige Jahre zu verbessern. Ein vierjähriges Landeskreditprogramm in Höhe von 700 Mio. Euro sowie der Versuch, auch die Liquidität der kommunalen Häuser kurzfristig zu unterstützen, sind Schritte in die richtige Richtung.

Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser hat sich nicht plötzlich, sondern über einen längeren Zeitraum verschlechtert. Hauptursache dafür ist, dass das Land seiner gesetzlichen Pflicht zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung (duale Finanzierung nach § 4 Krankenhausgesetz) über einen langen Zeitraum nicht nachgekommen ist. Die Höhe der ausgereichten Fördermittel war nicht auskömmlich, zuletzt nicht einmal angemessen.

Wie Sie wissen, ist die Höhe der notwendigen Investitionsmittel durch das Gutachten des INEK (Projekt des Bundes: Entwicklung von Investitionsbewertungsrelationen 2011-2017) sowie durch die Gutachten der Krankenhausgesellschaft unseres Landes bekannt. Das letzte Gutachten weist die dramatische Zahl von 1,5 Mrd. Euro Investitionsbedarf der Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt (ohne Uniklinika) aus. Es liegt auf der Hand, dass hier insbesondere den großen kommunalen Einrichtungen, welche nahezu die Hälfte der Leistungen der stationären Gesundheitsversorgung im Land erbringen, die größten Summen fehlen.

Diese, über Jahre ausbleibende Seite der Dualen Finanzierung konnte dauerhaft weder über Kreditaufnahmen der Krankenhäuser, noch Haustarifverträge zu Lasten der Beschäftigten oder Zuschüsse der Kommunen aufgewogen werden.

Wir appellieren daher nachdrücklich an Sie und die Landesregierung, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Krankenhäusern und deren Mitarbeitern zurückzukehren und der gesetzlichen Pflicht zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung nachzukommen.

Bitte retten Sie Ihre Krankenhäuser. Die kommunalen Kliniken bilden das Rückgrat der stationären und zunehmend ambulanten Versorgung. Wenden Sie politischen und wirtschaftlichen Schaden vom Land Sachsen-Anhalt ab.

Eine regional gut erreichbare, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, welche gerade die kommunalen Krankenhäuser bieten, ist eine wesentliche Voraussetzung, Unternehmen und Fachkräfte anderer Wirtschaftszweige im Land anzusiedeln und zu halten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Ministerin Gremm-Benne, sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Landtages,

setzen Sie das initiierte 700 Millionen Programm durch und um. Wir empfehlen, die Mittel als Pauschalförderung nach bisherigem Schlüssel auszureichen, um das Verfahren zu beschleunigen und den Kliniken die Gestaltung der kurzfristig notwendigen Investitionen zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Rumpf
Vorsitzender des Stadtrates Dessau-Roßlau